

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staining in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1, — ohne Postgebühren, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40. Anzeigen die dreispaltige Zeile über deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

**Inhalt:** Entkräftung des deutschen Erwerbslebens. Die Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit im Jahre 1893. Die Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Gesellschaftlicher Arbeiterkampf und Juristerei. Ueber die Sonntagsruhe in England. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Aus der Schweiz. Aus Ungarn. — Situationsberichte. — Eingeh. — Gerichts-Chronik. — Arbeiter-Versicherungswesen. — Berichtenes. — Literarisches. — Briefkasten.

## Zur Beachtung.

**In Veititz i. d. M. und in Freiburg i. Br.** befinden sich die Kollegen im Streik. In ersterem Orte wird den Kollegen zugemuthet, statt zehn Stunden elf zu arbeiten; außerdem wollen die Meister Klassenlöhne einführen. In Freiburg fordern die Kollegen die Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden. In Veititz bestehen Lohn-differenzen zwischen den Kollegen und Unternehmern. Die Kollegen allerorts haben dafür Sorge zu tragen, daß der Bezug nach den genannten Orten ferngehalten wird. **Der Vorstand.**

## An die Maurer Deutschlands

find in dieser Woche Flugblätter versandt worden. Es wird gebeten, denselben die möglichste weiteste Verbreitung zu geben. **Joh. Staining.**

## Entkräftung des deutschen Erwerbslebens.

Unter dieser Ueberschrift macht durch die kapitalistische Presse ein der „Papier-Zeitung“ entstammender Artikel die Kunde, welcher wohl das höchste Maß jener brutal-dummen Tendenz-Schultereibedeutet, die seit Jahren gegen unsere Arbeiterschutz-gesetze sich richtet. Der Artikel lautet:

Das Reichsversicherungsamt hat für die Weltausstellung zu Chicago einen „Beitrag zur Arbeiterversicherung des Deutschen Reiches“ herausgegeben, welcher eine Zusammenfassung der Ergebnisse bis Ende 1892 bringt.

Darnach betrug der Vermögensstand der Krankenanstalten M. 110 000 000 Unfallversicherungsberufsgenossenschaften „ 101 000 000 Invaliditäts- und Altersversicherung „ 162 860 000 Ende 1892 Gesamtvermögen „ M. 368 860 000

Auf Seite 26 der Schrift heißt es, daß in den wenigen Jahren dieser Arbeiterversicherung nahezu eine Milliarde Mark, und zwar annähernd zur Hälfte seitens der Arbeitgeber, bezahlt wurde.

Die Ansammlung von Reserven für die Kranken- und Unfallversicherung wird nach viele Jahre lang in bisheriger Weise ihren Fortgang nehmen und jährlich, wie wir aus obigen Zahlen schließen, etwa 40 Millionen festlegen.

Es wird angenommen, daß bei der Alters- und Invaliditätsversicherung nach 17 Jahren erst der Beharrungszustand eintritt, d. h. daß bis dahin hauptsächlich gesammelt und dann ebenjohiel ausgezahlt wie eingenommen wird. In dieser Zeit werden also wie 1891 und 1892 etwa 80 Millionen jährlich in Reserven gelegt, abgesehen von den für Verwaltung und Renten erforderlichen Summen. Und auch nach dieser Zeit fließen die Eingänge nicht in's Erwerbsleben zurück, sondern dienen nur zur Lebenshaltung von Beamten, die nichts mehr verdienen können.

Eine Folge der Ausnutzung unserer fälligen Mittel, des in den erwerbenden Betrieben umlaufenden Altes ist, daß seit lange Ueberschuß an Kapital für pupillare Anlagen herrscht, und der Ueberschuß dafür niedrig bleibt, während nicht pupillare Anlagen, wie zweite und fernere Hypotheken sowie Anwartschaften, sich nur mit Opfern erwerben lassen.

Die Reserven aber jetzt erst am Anfang dieser Kapital-Ansammlung, und es ist zu erwarten, daß die erwähnten Gebrauchsverhältnisse sich immer mehr verschärfen, je mehr die Betriebsgelder sich in todt Anlagen verwanbelt.

Die vom Versicherungsamt hervorgerohene halbe dem Erwerbsleben entzogene Milliarde wird auf mehrere Milliarden steigen, ehe eine Verminderung der Ausgaben eintritt.

Während man der Industrie solche Lasten aufbürdet, wird sie gleichzeitig durch andere Wege in ihrem Erwerb behindert. Die Verwendung von Frauen und jugendlichen Arbeitern ist

eingeschränkt, die Verunreinigung von Luft und Wasser wird mit schweren Strafen belegt und sogar durch polizeiliche Schließung der Fabriken geahndet. Die Vertreter zahlreicher Ueberwachungs-Behörden gehen in den Fabriken ein und aus und erwidern in den Besitzern das Gefühl, als ob sie unter Polizeiaufsicht ständen. Bald wird auch das Weib über die Sonntagsruhe in Kraft treten, welches die Leistungsfähigkeit, also den Umsatz vieler Fabriken vermindert.

Die Entziehung des Kapitals im Verein mit den gesetzlichen Erschwerungen des Betriebes haben schon zur Folge, daß wenig Neues entsteht, und können, da sie sich beständig verschärfen, auch das Bestehen der bestehenden Anlagen ernstlich gefährden.

Nach jetziger Annahme treten aus unserer Bevölkerung von 50 Millionen im Beharrungszustand des Invaliditätsgesetzes, also in 17 Jahren, 1,5 Millionen-Blissbedürftige in den Genuss von 880 Millionen Mark Jahresrenten. Wer wird aber die anderen Millionen Renten erhalten, welche arbeitslos werden müssen, wenn wir von den weniger belasteten Industrien anderer Länder aus dem Weltmarkt gedrängt werden?

Wir wollen hiermit nur auf die Gefahr hinweisen und hoffen, daß Regierung und Volk, welche gemeinlich und in besserer Absicht jene Wege geschaffen haben, auch Mittel finden werden, den drohenden Folgen vorzubeugen.

Zunächst ist zu konstatieren, daß die Behauptung, die eine Milliarde Versicherungsgebühren sei nahezu zur Hälfte von den Unternehmern aufgebracht worden, eine handgreifliche Lüge ist. In Wahrheit macht der Unternehmerbeitrag kaum ein Drittel aus. Und auch dieses Drittel wird nur gezahlt vom Arbeitsertrag des Lohnarbeiters.

Der Verfasser des Artikels verfolgt die bekante Methode, durch willkürliches Aneinanderreihen von Ziffern und durch Klagen über die Einschränkung der Ausübungsfreiheit des Unternehmertums Stimmung zu machen gegen die Sozialgesetzgebung.

Wenn den Arbeitern durch Lohnreduktionen seitens der Unternehmer jährlich ungezählte Millionen entzogen werden, wenn auf diese Weise die Konsumfähigkeit der Volksmassen schwer beeinträchtigt, ja nahezu vernichtet wird, so hat das kapitalistische Solchschreiberthum daran nichts auszusetzen. Wer erhält denn, jetzt die Menschen, die durch das wohnsinnige Betriebe der kapitalistischen Wirtschaft arbeitslos werden? Der Kapitalismus kümmert sich nicht darum.

Es ist nicht wahr, daß alle die Betriebsgelder sich in todt Anlagen verwanbelt. In einem großen Theile sind sie zinstragend angelegt. Aber gerade das ist es ja, worin der Verfasser eine Verächthungung des Privatkapitals sieht, welches seine Zinsen beansprucht und in der Anlage von Versicherungs-geldern eine „ungehörige Konkurrenz“ erblickt.

Was nun die Verwendung von Frauen und jugendlichen Arbeitern betrifft, muß festgestellt werden, daß in allen als Konkurrenten mit Deutschland ersihhaft in Betracht kommenden Ländern Schutz-gesetze vorhanden sind, welche die Arbeit von Frauen und jugendlichen Arbeitern in demselben Maße oder mehr beschränken wie in Deutschland. Es beträgt die gesetzlich zulässige Arbeitszeit für Frauen in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz vom 14. Lebensjahre ab, in England vor dem 14. Lebensjahre, wenn ärztliches Zeugniß beigebracht wird, in Amerika vom 10.—14. Lebensjahre ab, vom 10. Jahre ab nur in den Ackerbau betreibenden Bezirken.

Die Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter (vom 14.—16. Lebensjahre) beträgt in Deutschland 10,

in Oesterreich 11, in der Schweiz (einschließlich des Schulunterrichts) 11, in England 10 und in Amerika, je nach den verschiedenen Staaten, 8—10 Stunden.

Die Sonntagsruhe ist in allen benannten Staaten ziemlich gleichmäßig organisiert, in England und Amerika ruht durch Gewohnheit und Sitte fast jede Sonntagsarbeit.

Auf diesen Gebieten ist also der Arbeiterschutz in Deutschland nicht im Geringsten weiter geblieben, als in anderen Ländern, von einer stärkeren Belastung der Industrie kann nicht im Entferntesten die Rede sein. Was den Schutz der männlichen erwachsenen Arbeiter betrifft, so ist derselbe in keinem Lande so minimal wie in Deutschland. Die Arbeitszeit ist in England und Amerika theilweise durch Landesgesetze, theilweise durch Kommunal-Verordnungen auf acht Stunden beschränkt, fast alle Arbeiter der Staats- und Kommunalbetriebe erfreuen sich dieser kurzen Arbeitszeit und Hunderttausende von Arbeitern, welche in der Privatindustrie thätig sind, haben sich in diesen Ländern den Achtstundentag selbst errungen. Die zehnstündige Arbeitszeit kann in diesen beiden Ländern als Maximum angenommen werden. In Oesterreich und der Schweiz haben wir den gesetzlichen elfstündigen Normalarbeits-tag.

Was nun die Kranken- und Unfallversicherung anbelangt, so ist richtig, daß dieselbe nicht in allen konkurrierenden Ländern gesetzlich geregelt ist, aber fast alle Unternehmer zahlen zu den in diesen Ländern vorhandenen Privat- oder Fabriklassen Beiträge, so daß sich für Deutschland in der Hauptsache nur um eine andere Form der Versicherung handelt. Uebrigens ist die finanzielle Belastung der Unternehmer durch die Sozialgesetze durchaus nicht so erheblich, als glauben zu machen versucht wird. In einem durchschnittlichen Betriebe wird ein Unternehmer durchschnittlich für einen erwachsenen Arbeiter, je nach Art der Krankenkasse und der Klassen der Unfall- und Altersversicherung M. 20—30 pro Jahr zu bezahlen haben.

Soweit dadurch für die Unternehmer eine höhere Belastung erwächst, als für ihre ausländischen Konkurrenten, wird diese doppelt und dreifach ausgeglichen durch die überaus niedrigen Löhne, womit sich der deutsche Arbeiter begnügen muß. Nach den Aufzeichnungen der Berufsgenossenschaften betrug für das Jahr 1899 der Durchschnittslohn der in sämtlichen Berufsgenossenschaften beschäftigten Arbeiter 628 Mark. Und die Löhne zeigen in Deutschland eine stets sinkende Tendenz. Während im Jahre 1891 die gewerblichen Berufsgenossenschaften die gesammten in den versicherten Betrieben bezahlten Löhne mit 3 311 444 320 M. 88 Pf. berechneten, wurden für das Jahr 1892 bei nicht unerheblicher Zunahme der Versicherten, nur 3 292 782 432 M. 31 Pf. an Löhnen und Gehältern ausbezahlt; also eine Lohnverminderung von rund 19 Millionen Mark.

Das Unternehmertum hat diese Lohnverminderung durchgeleitet zum Theil unter Verpufung auf die ihnen durch die Sozialgesetzgebung „aufgebürdeten Lasten“, es versteht sich sehr wohl darauf, die „Opfer“, die es im Interesse der Arbeiter bringen zu müssen vorgiebt, aus den Arbeitern wieder herauszupressen. Und noch etwas mehr dazu!

Wenn nun schließlich noch die Fabrikinspektion, die in den Unternehmern das Gefühl der „Polizei-aufsicht“ erweckt, betont wird, so genügt ein Hinweis auf England und die Schweiz, wo die Fabrik-

Inspektion viel wirksamer betrieben wird wie bei uns. In die Gedankenwelt des Unternehmertums gewinnt man übrigens einen herrlichen Einblick durch die in dem erwähnten Artikel geführte Klage darüber, daß in den gewerblichen Betrieben die Verunreinigung von Luft und Wasser mit schweren Strafen bedroht ist. Darin kann man ungehörig beurtheilen, wie es in Deutschland aussehen würde, wenn wir keine Fabrikinspektion hätten.

Wenn die kapitalistischen Fieberfächer, welche solche Klage anstimmen, mal als Arbeiter ihr Dasein fristen müßten, sie würden bald einsehen, wie geringfügig und unzureichend alle die Maßnahmen sind, welche ihr Gemüth empfindet.

### Die Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit im Jahre 1893.

In fast allen Kulturstaaten, so besonders auch in Deutschland, zeitigte die große und stets wachsende Arbeitslosigkeit während des Jahres 1893 eine Reihe beachtenswerter Erscheinungen, die wir in der vorliegenden Arbeit zu einem Gesamtbilde vereinigen möchten. Es dürfte kaum eine deutsche Stadt geben, in der nicht des Oesteren die organisierte Arbeiterchaft bei den Behörden um die Zuzugnahme von Nothstandsarbeiten vorstellig geworden wäre. Häufig wurde dabei das Recht auf Arbeit von den Arbeitern geradezu geltend gemacht, aber regelmäßig auch von den Behörden verneint. So erklärte im Januar 1893 der Bürgermeister der Stadt Kassel einer Arbeiter-Deputation auf das Ersuchen, man möge schnellig für Arbeitslosigkeit sorgen: ein Recht auf Arbeit gäbe es nicht; Jeder sei seines Glückes Schmied, und es sei nur zum Schaden der Arbeitslosen, daß die Sozialdemokratie die Arbeitslosigkeit dazu benutzte, die ihr noch nicht angehörende Arbeiter zu sich herüberzuziehen.!!!

Rechtlich sprach der Charlottenburger Bürgermeister sich aus:

Uebrigens erkannten die meisten städtischen Verwaltungen im Winter 1892/93 an, daß ein Nothstand existire; man ging auch hier und da zu Nothstandsarbeiten, allerdings in höchst unzulänglicher Weise, aber. Andere Stadt-Verwaltungen — so die zu Berlin, Köln, Magdeburg, Dortmund — leugneten den Nothstand geradezu und konnten sich nicht entschließen zu besonderen Unternehmungen zwecks Beschäftigung der Arbeitslosen.

Die Berliner Arbeitslosen wurden im Januar 1893 außer bei dem Magistrat auch bei dem Handelsminister v. Bodelschwing vorstellig. Sie erreichten nicht mehr, als die Versicherung: „Daß die Regierung bereits das Erforderliche gethan habe, um dauernd über die Lage des Arbeitsmarktes unterrichtet zu bleiben.“ Die Forderungen der Arbeitslosen Berlins gingen dahin:

1. daß die Arbeitszeit der in den Reichs-, Staats- und Gemeindefabriken beschäftigten Personen auf ein Maß beschränkt wird (8 Stunden pro Tag), welches eine möglichst große Zahl Beschäftigungsloser in Arbeit zu stellen erlaubt;
2. daß feinerlei Lohnkürzungen vorgenommen werden, welche nur den Nothstand verschärfen;
3. daß solche Artikel auf Vorrath in Arbeit gegeben werden, die voraussichtlich in nicht ferner Zeit Verwendung finden;
4. daß bei Vergebung von Arbeiten im öffentlichen Interesse dieselben in erster Linie an Arbeiter-Gesellschaften übertragen werden, wenn solche vorhanden sind, daß aber im Uebrigen bei Vergebung von Arbeiten im öffentlichen Interesse den Unternehmern die Verpflichtung auferlegt wird, dieselben zu den ortsüblichen Löhnen auszuführen zu lassen und daß diese letzteren im Einvernehmen mit den vorhandenen Arbeiterorganisationen (Berufsvereinen, Gewerkschaften) festgestellt werden.“

In den Reichstagsitzungen am 12. 13. und 14. Januar 1893 stand folgende den Nothstand betreffende Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion zur Verhandlung:

„Welche Maßnahmen haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken, welcher infolge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgeschrittener Herabsetzung der Arbeitslöhne, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht?“

In längerer Rede begründete der Abgeordnete Bleibrecht diese Interpellation; er sagte u. A.:

„Jetzt, wo man die Militärvorläge mit ihren enormen Kosten eingehend hat, sollte man auch daran denken, daß es auf eine Million mehr oder weniger nicht ankommt, wenn es

gibt, für die Noth des Volkes etwas zu thun. Ein Arbeitsminister, der, wie in einem bestimmten Moment, ein Budget von Milliarden vorklage, könnte allerdings sagen: Die ersten Deutschlands hängt von der Annahme dieses Friedensbudgets ab. Aber dies von der Militärvorläge behaupten, hängt die Dinge sehr verkennen. Die ersten Deutschlands hängt von allen Dingen ab, von seinem arbeitenden Volke. Die Herren wissen, die sich immer parlamentarisch nennen, bringen uns niemals den Frieden, den bringt nur die Befriedigung des Volkes durch eine vernünftige Organisation der Arbeit. Staatsbehaltend ist nicht die Kapitalisten- sondern die Arbeiterklasse. Alle anderen Klassen könnten aus dem Lande hinausgehen, ohne daß das Land zu Grunde ginge. Wenn nicht von oben herab auf die Bahn einer vernünftigen Sozialpolitik eingeleitet wird, dann wird es notwendig von unten geschehen. Welche Antwort wir auch auf unsere Interpellation erhalten — ich kann mir ja denken, wie sie ausfällt —, das arbeitende Volk erwartet aus dem Munde der Reichsregierung jetzt kein Urtheil.“

Die Antwort ließ denn auch nicht auf sich warten; Staatssekretär v. Boetticher gab sie. Und sie fiel genau so aus, wie die Arbeiterchaft erwarten durfte. Herr v. Boetticher sagte u. A.:

„Die Verhältnisse drohender Nothstände sind, und auch der Bundesregierung, der Kommunalverwaltung, z. und aus der That, die von seiner Seite bisher an die Reichsregierung das Ansuchen gestellt worden ist, dem jetzt vorhandenen Nothstande gegenüber aktiv zu werden, siehe ich den Schluss, daß nirgends in Deutschland ein Nothstand besteht, der die Reichsregierung zu einem Einschreiten veranlassen könnte.“ (11)

Den in vielen Orten abgehaltenen Versammlungen der Arbeitslosen maß der Regierungsvertreter gar keine Bedeutung bei, denn in solchen Versammlungen handelte es sich um weiter nichts, als um „Zubelhymnen auf die Sozialdemokratie.“

„Ich bin“ — fuhr Herr v. Boetticher fort — „weit entfernt davon, jeden Nothstand im Rechte leugnen zu wollen; im Gegentheil, ich erkenne an, daß, wie wir in früherer Zeit schon Nothstandsarbeiten gehabt haben und sie sogar in der Regel in harten Wintern erleben, solche auch augenblicklich vorliegen. Aber für die Regierung, und insbesondere für die Reichsregierung, bleibt doch immer die Frage: Sind die Nothstände solcher Art, daß sie zu außerordentlichen Maßnahmen nöthigen? Diese Frage verneine ich zur Zeit. Die Uebersichten über die Entwidlung unserer Industrie ergaben für das vergangene Jahr kein unglückliches Resultat.“

„Aber,“ — fuhr Herr v. Boetticher weiter — „ist ein allgemeiner und außerordentlich großer Nothstand vorliegt?“ (11) führt der Staatssekretär an: das Wachstum der Sparfassenelagen, die erhebliche Zunahme des Eisenbahnverkehrs, sowie des Postr- und Telegrafenverkehrs. Allein, ich will eine gentliche und partielle Veränderung der arbeitenden Klassen, namentlich in den großen Städten, annehmen und will es als gut und nützlich bezeichnen, den Behörden eine aufmerksamere Verfolgung der Nothlage der arbeitenden Massen zu empfehlen und ihnen ein Herz zu legen, daß sie, wo wirklich Noth herrscht, ernstlich bemüht sein mögen, dieser Noth dadurch Abhilfe zu schaffen, daß sie für eine lohnende Beschäftigung sorgen. In dieser Beziehung ist schon in einer ganzen Reihe von Städten eine recht lebhaftige Fürtorge entwickelt. Es ist auch von Seiten der Regierungen die Fürtorge dahin gegangen, daß größere Summen bereit gestellt worden sind, um öffentliche Arbeiten, die für eine längere Zeit in Aussicht genommen waren, zu fördern. In manchen Teilen in einzelnen Bundesstaaten werden Mittel zur Beschäftigung gestellt, um die Ernährung der Nothleidenden, die sich etwa in den einzelnen Distrikten vorfinden, sicher zu stellen. So ist das namentlich im Königreich Sachsen geschehen. Von diesen Mitteln ist aber, wie ich höre, bisher ein Gebrauch nicht gemacht worden.“

Damit war für die Regierung die Angelegenheit erledigt. Nicht aber für die Sozialdemokratie, nicht für das arbeitende Volk. Dieses nahm in zahlreichen Versammlungen weiter Stellung zur Nothstandsfrage und zugleich auch gegen das Verhalten der Reichsregierung. Um den Umfang der Arbeitslosigkeit genau festzustellen, hatte die organisierte Arbeiterchaft vieler Städte schon gegen Ende des Jahres 1892 mit statistischen Erhebungen begonnen. Wenn für die gewonnenen Resultate auch nicht das Zeugniß der Genauigkeit und Vollständigkeit in Anspruch genommen werden kann, so bieten sie doch ein schätzbares Material zur Beurtheilung des Umfanges der Arbeitslosigkeit. Alles in Allem ist von den Arbeiterorganisationen Deutschlands in den Monaten Oktober 1892 bis März 1893 eine Zahl von etwa 200 000 Arbeitslosen nachgewiesen worden. Dabei ist die beklagenswerthe Thatfache zu berücksichtigen, daß überall, wo statistische Erhebungen erfolgten, eine große, wahrscheinlich die größte Zahl der Arbeitslosen theils aus Angst, theils aus Egoismus oder Gleichgültigkeit, sich nicht gemeldet haben.

Zu diesen Ziffern muß man einige andere Aushweise hinzunehmen, um den ungeheuren Umfang der Arbeitslosigkeit im Winter und Frühjahr ermessen zu können. So die der Verpflegungstationen und Arbeiterkolonien. Nach dem Berichte des Verbandes westfälischer Verpflegungstationen für 1892/93, erstattet der Generalversammlung zu Hamm, wurden auf den westfälischen Stationen 175 000 Wanderer, welche 475 000 Arbeitsstunden leisteten, verpflegt. Wie der Berichtsteller erwähnte, hat das Interesse des Publikums gegen die Stationen sich vermindert, weil trotz der enorm erhöhten Aufwendungen (dieselben stiegen von 1888/89 bis 1892/93 um mehr

als das Dreifache, nämlich von Mt. 50 000 auf Mt. 165 000) nach wie vor geteilt wurde. Den Mittheilungen über die beiden westfälischen Arbeiterkolonien entnehmen wir, daß die evangelische Arbeiterkolonie Wilhelmshorst im beschlossenen Staatsjahre 6579 Kolonisten an 577 379 Verpflegungstagen beherbergte.

Und das nur in Westfalen! In einer Provinz des preussischen Staates!

Aus allen Gegenden Deutschlands wußten die bürgerlichen Zeitungen im Winter 1892/93 und selbst noch im darauf folgenden Frühjahr und Sommer von einer enormen Zunahme der „Vagabundage“ zu berichten. Leider haben wir bis jetzt erscheinende ziffermäßige Aushweise über den Umfang derselben nicht erlangen können. Doch dürfte die Annahme nicht zu hoch sein, daß mindestens eine halbe Million Arbeitsloser zur „Vagabundage“ verurtheilt war. Nehmer wir dazu die Zahl der sehr schlecht gekleideten Arbeitslosen in derselben Höhe an, so erhalten wir ein Heer von einer Million Arbeitslosen.

### Wirthschaftlich-soziale Rundschau.

\* Reichsgesellschaftliche Strafbestimmungen gegen Familienväter, die in der Lage sind, ihren Angehörigen den notwendigen Unterhalt zu gewähren, es aber vorziehen, den Verdienst für sich zu behalten und die Familien der Armenverwaltung zu überlassen, treten am 1. April in Kraft. In Zukunft wird es Verwaltungsbeamten nicht mehr gestattet sein, wie es bisher sehr häufig geschah, Arbeiter, denen es bei ihrem tatsächlichen Verdienste nicht möglich war, ihre Familien vor Zuzugnahme der Armen-Unterstützung zu schützen, aus der Arbeit zu rufen und in's Arbeitshaus zu sperren. Der Preiselb-entziehung wird ein richterliches Verfahren vorausgehen haben.

\* Ein Wittener Arbeitergeber schloß seinem Arbeiter folgende Kündigung: „Da sie mit heut erkrankt, daß Sie nicht an Gott glauben, fände ich Ihnen sterkt Ihre Stellung. Wenn Sie wollten, könnten Sie bald gehen, wenn Sie wollen, können Sie auch Ihre 14 Tage noch arbeiten. Bedenken, die sich noch räumen, nicht an Gott zu glauben, kann ich in meinem Geschäft nicht dulden. Wenn Sie bald gehen, würde ich aber selbstverständlich keinen Lohn auf 14 Tage.“ — Die Herren Arbeitergeber haben Recht, daß sie von ihren Arbeitern den Glauben an Gott verlangen, denn der Glauben an sie, verlieren die Arbeiter so immer mehr.

\* Eine Gewerbebeschlagnahme wird voraussichtlich mit der beulischen Volkshilfe am 1. April 1893 verbunden werden. Es erscheint, so wird offiziell geschrieben, eine bestimmte Beschlagnahme dringend notwendig, wenn man erlaubt, daß die jetzt seit dem ersten augführlichen Gewerbebeschlagnahme im neuen deutschen Reich von 1875 eine bestimmte Erhebung noch nicht wieder festgefunden hat, da die gewerkschaftliche Aufnahme im Jahre 1882 zu einem Theil der Veranschlagung dieses Jahres bildete und an Vollständigkeit im Umfang an jene des Jahres 1875 nicht heranreichte. So hat die Bählung von 1882 wegen ihrer vornehmlich unvollständigen Aufzählung und diese namentlich aller technisch-berufsspezifischen Aufzählung und sich bezüglich der im Gewerbe verwendeten mechanischen Kräfte lediglich auf Ermittlung der mit Motoren arbeitenden Betriebe und des in diesen beschäftigten Personal beschränkt. Daß aber eine genaue gewerkschaftliche Aufnahme heute nicht nur aber den Umfang des in den einzelnen Gewerbebetrieben verwendeten Personal, sondern auch über die Art, die Zeitungsstättigkeit und sonstige Eigenschaften der benutzten Motoren und Arbeitsmaschinen eingehende Auskunft zu ermitteln hat, erscheint um so einleuchtender, wenn man sich vergegenwärtigt, wie nach dieser Richtung hin die Gewerbebetriebe in Deutschland in den letzten Jahren vielfach ganz neue Stationen besornten hat.

\* Kartoflen statt Brot. Als der Abg. B e b e l im Reichstag behauptete, die Lebenshaltung des deutschen Volkes gehe stetig zurück, wurde er scharf angegriffen. Nichtsdestoweniger ist diese Behauptung richtig. Professor F a r u s t hat in seinen „Ueberflüssen der Weltwirtschaft“ den Konsum von Brodgetreide in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 1880/81—1884/85 auf 174.97 Kilo, im Jahresdurchschnitt 1885/86—1889/90 auf nur 126.08 Kilo. Hier beträgt der Rückgang über 8 Kilo. Noch mehr hervorzuheben ist die Abnahme des Konsums, wenn wir den Jahrgang 1885/86 mit dem Jahrgang 1889/90 vergleichen. Im ersteren betrug, wie also um 12 Kilo pro Kopf zurück gegangen. — Das Getreide ist zu teuer, darum Kartoffeln her. Das Kartoffelbrot der sachlichen Weiser kann bald auf der ganzen Linie gelangen werden, vorausgesetzt, daß die herrschende Klasse noch lange so weiter zu reformiren“ in der Lage ist.

\* Ueber die Ergebnisse des Steintohlen- und Braunkohlenbergbaues im Jahre 1893 veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ die vorläufig festgestellten Zahlen. Danach zeigt der Steintohlenbergbau eine Zunahme der Förderung um 3,76 p. S., während beim Braunkohlenbergbau die Förderung um 1,61 und der Absatz um 8,85 p. S. zugenommen hat. Die Steintohlenförderung betrug auf 841 Werken 67 639 887 Tonnen gegen 65 446 555 im Vorjahre, also 2 194 332 Tonnen mehr; davon entfallen auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund 38 615 610 Tonnen gegen 36 847 146 Tonnen, auf den Oberbergamtsbezirk Breslau 20 885 487 Tonnen gegen 19 849 242 Tonnen und auf den Oberbergamtsbezirk Bromberg 7 798 885 gegen 8 170 853 Tonnen. Die Bezirke Halle und Klotzthal kommen für den Steintohlenbergbau wenig in Betracht. Während nach vorliegenden Zahlen die Förderung im Bezirk Dortmund um 4,80 und im Bezirk Breslau um 4,21 p. S. zugenommen hat, ist sie in Bonn gegen das Vorjahr um 4,65 p. S. gesunken; Klotzthal zeigt eine Verminderung der Förderung um 5,22 und Halle sogar um 48,89 p. S. Die Zahl der auf den Steintohlenwerken beschäftigten Arbeiter betrug 269 065 gegen 257 780 im Vorjahre. Der einjährige Bezirk, der eine Zunahme der Arbeiter zeigt, ist Dortmund (4 4919), wogegen die Zahl in Bonn im 1893 und in Breslau trotz der erhöhten Förderung um 1111 abgenommen hat. Der Braunkohlenbergbau ergab eine Förderung von 17 517 611 Tonnen gegen 17 266 262 im Vorjahre, wovon allein 15 728 069

119

auf den Berg hat entfallen, während außerdem nur noch der Berg...

Die Umwälzung der Arbeiterverhältnisse ist ein Geschehen...

Neue Fabrikinspektoren in Schweden. In Schweden sollen zwei neue...

Arbeitslosigkeit in Ecuador. Eine Rundreise von 2000 Arbeitern...

Arbeiter-Massenmord in den Bergwerken. Mehr als tausend Mann...

Arbeiter-Massenmord in den Bergwerken. Mehr als tausend Mann...

Gesetzlicher Arbeiterschutz und Jurisprudenz.

Au diesen Orten, so besonders in Berlin, ist es im Tage...

Bei Beurteilung des Rechtsverhältnisses zwischen dem Kolonnenführer...

Neuerdings hat nun, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, das Landgericht...

Nach dieser Entscheidung des Landgerichts würde den Kolonnenführern...

Schon jetzt spielt ja gegenüber den vielen zahlungsunfähigen...

In nächster Ordnung hat auf solchen formalistischen Unternehmern...

Um so unerträglich ist das misgünstige Urteil des Berliner Landgerichts...

Ueber die Sonntagsruhe in England

veröffentlicht der kürzlich erschienene „Appendix“ zu den Protokollen...

Table with 2 columns: Industry and Percentage. Includes categories like Brauindustrie, Eisenindustrie, etc.

In einer großen Zahl von Betrieben ist die Arbeitszeit am Sonntag...

Die Art der Sonntagsarbeit umfasst folgende Verhältnisse: 1. Feuerung...

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

\* Auch ein Symptom für die schlechte Lage des Substitutions...

Table with 6 columns: Year (1889-1894) and various locations (Brandenburg, etc.).

In den letzten 5 Jahren haben sich also in 8 Städten von 11...

So erklärt selbst die „Baugewerkschaftszeitung“ des Herrn Fellisch...

Der schwedische Gewerkschaftsverband wurde während der Osterferien in K... abgehalten.

Angenommen wurde ferner das Verbot der Bildung des Bundes...

Die Wahl einer Redaktionskommission der „Arbeiterstimme“ wird...

Ansprache und einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Die Londoner Gewerkschaften veranstalteten am Sonntag, den 18. März, im Odeon eine hochbelegte Kundgebung. Dieselbe richtete sich gegen das den berechtigten Interessen der Arbeiter feindliche Oberhaus. Man verlangte die Abschaffung dieser gefahrenvollen Körperschaft, nachdem sie erst jetzt wieder einen Beweis ihrer Arbeiterfeindschaft dadurch gegeben, daß sie das Unterhaus beschlossene Gesetz betreffend die Haftpflicht der Unternehmer, jämmerlich verzerrt hat. Das Oberhaus, eine Clique erblicher Gesetzgeber, hat durch ihr Vorgehen in der Frage der gesetzlichen Regelung der Haftpflicht des Unternehmers die Arbeiter Englands nicht nur empfindlich geschädigt, sondern auch schwer beleidigt. Die Verkümmelung der Haftpflicht durch die Lords hatte zur Folge, daß die Kontrolle im Unterhause fallen gelassen werden mußte. Diese Gesetzesnovelle war von dem Recht der Haftpflicht abgenommen worden, und es herrschte zur Stunde kein Zweifel mehr darüber, daß das Haus der Gemeinen im Einklang mit der Mehrheit der Bevölkerung handelte, als es auf der Annahme des Gesetzes in der gegebenen Form bestand. Aber das Haus der Lords hat seinen veralteten Präjuzgen und den lächerlichen Ansprüche, die seine einzige raison d'être sind, hat es für gut befunden, die Beschäfte der Volksvertretung und die gerechten Forderungen des Volkes bei Seite zu schieben.

Die Tätigkeit der amerikanischen Arbeiterorganisationen hat durch die seit August v. J. herrschende wirtschaftliche Krise, welche die Zahl der Arbeitslosen riefig anwachsen machte, eine außerordentliche Entwicklung erfahren. Es nimmt mit unjener Beachtungen, die wir in der vorliegenden Arbeiterpresse machten, überein, was der Berliner Volkzeitung aus New-York gefahren wird: daß seit Beginn der Krise bis zu dem letzten Monate kaum ein Lebenszeichen seitens der Arbeiterorganisationen wahrgenommen worden ist. Von größeren Streiks ist nur derjenige der Angestellten an einer der Hauptbahnen (der pennsylvanischen Bahngesellschaft) zu verzeichnen, der aber durch Befragung der Stellen durch andere, zum großen Theil ungetriebene Leute verloren ging. Die Organisationen der Eisenbahnarbeiter, welche zu keinem der beiden allgemeinen nationalen Verbände (Ordnung der Knights of Labor und American Federation of Labor) gehören, welche sich seiner Zeit mit der Hoffnung trugen, die Periode der Chicagoer Weltausstellung zu einer erheblichen Verbesserung ihrer Lage und zur Stärkung der Organisation ausnutzen zu können, mußten sich im Gegentheil glücklicher als die übrigen Industrien in den Vorbedingungen gegenüber passiv verhalten. Auf der letzten Generalversammlung des Ordens wurde konstatiert, daß die Mitgliederzahl derselben, welche noch im vorigen Jahre auf eine halbe Million angegeben wurde, in Folge der großen Arbeitslosigkeit auf etwa 80,000 gesunken war. Wie es mit der anderen national-gewerkschaftlichen Organisation, der Federation of Labor, steht, ist aus dem am November stattgehabten Jahreskongress nicht ersichtlich worden. Mehrere der hauptsächlichsten in ihr eingeschlossenen National-Verbände, so der Eisen- und Stahlarbeiter, der Bergleute, der Glasbläser, haben durch die Krise in hartem Maße gelitten; während andere gänzlich intakt geblieben sind, wie der Verband der Schiffsleute, Bau- und Hausmalereier und Bauschreiner. Letztere hat nur in Positionen und Verhältnissen beschäftigte Arbeiter zu Mitgliedern, während die Hausarbeiter, die besonders in New-York sehr zahlreich sind, nicht aufgenommen werden.

Seit mehreren Wochen ist endlich der Widerstandswille der Arbeiter gegen die fortgesetzten Lohnreduktionen erwacht; und zwar sind es hauptsächlich die Arbeiter der Textil-Industrie - in der die Höhe schon seit Jahren auf das tiefste Niveau herabgebracht worden - welche durch die seit Eintritt der Krise wiederholt applizierten Reduktionen schließlich in eine Position gerathen sind, daß es ihnen, wie sie sagen, gleich ist, ob sie in der Fabrik oder auf der Straße verdingt werden. In einer Anzahl Woll- und Baumwoll-Fabriken, in denen es „zu arg“ gemacht wurde, griffen sie zum Streik, und noch ist keiner derselben entwichen. Sodann ist noch eine Reihe Einzelstreiks in sonstigen Industriezweigen zu verzeichnen, von denen der bedeutendste derjenige von 2600 Arbeitern in dem großen Zappereien von Trenton in New-Jersey ist. Außerdem aber haben auch die Arbeiter eines ganzen Industriezweigs, nämlich der Seiden- und Webereier, die fast nur in den Staaten New-Jersey und New-York existiert, den Kampf aufgenommen, an dem, infolge der Fälligkeit der Arbeiter, ca. 8000 Leute theilhaftig sind. Der Kampf dreht sich um Erhöhung der Löhne, welche in den letzten Jahren um 40 bis 60 pSt. gesunken waren. Es wird eine Erhöhung um 25 pSt. angestrebt. Auch schon bei den übrigen Seidenwebern, deren Löhne schon seit lange auf ein Minimum herabgedrückt waren, die Bewegung in Fluss zu kommen.

Die amerikanischen Gewerkschaften, soweit sie der American Federation of Labor angehören, haben sich nunmehr sämmtlich folgender Resolution des Chicagoer Kongresses angeschlossen:

In Erwägung, daß die Gewerkschaften Englands in logischer Erkenntnis der Erfahrungen und Fortschritte der letzten Jahre und die allgemeine Arbeiter-Politik als notwendiges Hilfsmittel zur demokratischen Aktion aufgenommen haben,

in Erwägung, daß dieses Vorgehen von günstigstem Erfolg begleitet war,

in Erwägung, daß diese unabhängige Arbeiter-Politik folgendes Programm zur Grundlage hatte:

- 1. Zwangsunterricht;
- 2. direkte Gesetzgebung;
- 3. einen gesetzlichen Rahmen der Arbeit;
- 4. Sanctions-Ansprüche der Werksstätten, Bergwerke und Arbeiter-Wohnhäuser;
- 5. Haftpflichtgesetz der Arbeitgeber bei Schädigung der Gesundheit, des Körpers oder Lebens;
- 6. Abschaffung des Kontraktensystems bei öffentlichen Arbeiten;
- 7. Abschaffung des Schwelchsystems;
- 8. Übernahme der Straßenbahnen, Gas- und elektrischen Werke durch die städtischen Behörden zur öffentlichen Verteilung von Wärme, Licht und Kraft;
- 9. Verstaatlichung der Telegraphen, Telephone, Eisenbahnen und Bergwerke;
- 10. Verstaatlichung aller Produktions- und Verteilungs-Systeme;
- 11. Einführung des Referendums für die gesamte Gesetzgebung.

sei beschloffen, daß diese Konvention das Vorgehen unserer britischen Genossen gutheißt;

beschloffen, dieses Programm als Grundlage zu einer politischen Arbeiterbewegung hiermit den Arbeiterorganisationen von America zur Vertheidigung zu unterbreiten, mit dem Ersuchen, ihre Delegirten zum nächsten Jahreskongress über diesen wichtigen Gegenstand zu instruiren.

Aus der Schweiz.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat in Bern seinen Kongress geschlossen. Bericht folgt. Hier einige Mittheilungen über die Entwicklung dieses Bundes. Derselbe ist seit zwölf Jahren mächtig gewachsen.

In Ditten waren 1882 in der Wartburg 8 Orte durch 16 Delegirte vertreten. Unter diesen 16 Vertretern waren 1 aus Zürich und 3 aus Bern, die überhaupt nur mit beratender Stimme an der Konferenz theilnahmen. Bern war in Ditten überhaupt nur mit beratender Stimme für den Allgemeinen Arbeiterverein und die Schuhmacher-Gewerkschaft vertreten.

Der ganze Gewerkschaftsbund zählte 17 Sektionen mit 450 Mitgliedern.

Als das erste Comite des Bundes in Genf seine Thätigkeit beginnen wollte, hatte es weder Zins, noch Fiebern und Papieren. Es hatte aber auch kein Geld und mußte daher 20 Franken bei den Schneider- und Schuhmacher-Gewerkschaften von Genf borgen, um die nötigen Bureaumaterialien anschaffen zu können. Heute hat der Bund ein Vermögen von 36,516 Franken und gibt jährlich für seine Verwaltung 1100 Franken aus. Damals hatte der Bund ein kleines, an Abonnenten armes, verdrucktes Organ, heute besitzt er ein großes, mächtiges Blatt mit einem Preisfonds von 2300 Franken.

Und erst die Zahl der Gewerkschaften und der Mitglieder. Sie hat diese zugenommen!

Es bestanden 12 Centalverbände mit 197 Sektionen und 63 einzelne Sektionen, zu sammen also 260 Sektionen mit 9495 arbeitenden Mitgliedern.

Die Zahl der Bundesglieder hat sich also um das 21fache und die Zahl der Sektionen um das 18fache vermehrt.

Was ungeheurer Fortschritt! Demen außerdem der Fortschritt nicht aber auch ein ebenso großer innerer war. Die Gewerkschaftsbewegung ist zur sozialdemokratischen Bewegung geworden, ja an manchen Orten sind die Gewerkschaften von bestem sozialistischen Geiste befeelt, als die politischen Organisationen.

In den politischen Organisationen finden sich noch kleinbürgerliche Elemente, und ferner drängen sich die politischen Streber und Wähler in sie hinein. Darum zeigen die politischen Organisationen mittlerweile etwas Beschäftigtes und Verarbeitete, was in den Gewerkschaften nicht vorkommt. Die Gewerkschaften sind ihrer Natur nach sozialistisch, die politischen Verbindungen aber sind es fast ausnahmslos nur aus Erziehung und Ueberlieferung.

Unsere Hoffnung für die Zukunft der Sozialdemokratie ruht wesentlich auf den Gewerkschaften, zudem können auch nur sie die Bausteine des Zukunftsbaus sein, nicht eine politische Partei-Organisation.

Der hat diesen großen Fortschritt des Gewerkschaftsbundes erzielt?

Die Entwicklung des Kapitalismus, das Beispiel der anderen Nationen und viele treue Kämpfer im Schweizerlande. Aber Derer, die in den letzten Jahren von 1880-1885 den Reichtum verloren und treu arbeiteten, ist mit Dank gedacht. Jene aber, die feige abließen oder erst wieder kamen, als es besser ging, treffte Vergeltung.

Über die Kampfe der Zürcher Bauarbeiter ist folgendes zu berichten:

Die Forderungen der Maurer sind von den Unternehmern (wie bereits kurz berichtet, d. Vieh.) zurückgewiesen worden. In einer massenhaft besetzten Maurervereinung am 16. März wurde die Antwort des Arbeitervereins mitgeteilt. Aus dem Reigen der unorganisirten Arbeiter wurde immer wieder verlangt, die Arbeit sofort niederzulegen und auf diese Weise den Arbeitgebern zu antworten. Doch steigte die bessere Ansicht der organisirten Arbeiter und wurde dann folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung der Maurer erklärt:

- 1. Die Antwort des Meistervereins ist eine so unbestimmte, daß heute noch keine Stellung dazu genommen wird.
- 2. Obwohl die Versammlung sich vollkommene ist, daß den Prinzipalen Zeit genug zu bestimmten Entschlüssungen zu Gebote stand, läßt sie sich noch ein mal das Eruchen um bestimmte Antwort an den Meisterverein gelangen, und sieht der endgültigen Antwort auf Dienstag, den 20. März, entgegen.
- 3. Am 20. März hat eine weitere öffentliche Versammlung stattgefunden, in der die Maurer Zürich je nach dem Ausfall der Antwort ihrer Stellung nehmen.
- 4. Betont wird von der Versammlung ausdrücklich, daß die vorliegenden Anerbieten der Arbeitgeber absolut unannehmbar sind.

Zum Alexander wurde folgender Antrag angenommen: Die Zürcherische Maurergewerkschaft erklärt sich solidarisch mit den im Kampfe liegenden Malergeräten und beschließt, dieselben moralisch und finanziell hoch halten zu unterstützen.

Auch auf die obige Resolution antwortete der Meisterverein am 17. März: Man könne sich erst über die Forderungen der Arbeiter nach den Beschaffen einer allgemeinen Meistervereinung einverstanden, immerhin ist man geneigt, in Verhandlungen einzutreten. Die Maurerverammlung vom 20. März, welche hierauf den Beschluß, es habe der Vorstand des Maurervereins in Verbindung mit dem Bundescomitè des Gewerkschaftsbundes eine nähere Vereinbarung mit dem Meisterverein abzuschließen, doch hätte die Geltungsdauer eines solchen Vertrages ein Jahr nicht übersteigen.

Der Alexander nimmt seinen Fortgang und die Spießbürger von Zürich sind außer sich über die bösen Maler, welche die neuaufsteigende Arbeiterschaft so viel verdriegen wollen, wie bei geschäftlicher. Ganz während sind die hochwohlgeborenen Malermeister. Sie gebären sich, wie die gnädigen Herren und Oberen der alten Zeit. Sie haben beschloffen, keinen der streikenden Maler mehr anzustellen. Ja, so ein Streik, der bringt den Gegensatz zwischen Arbeitern und Arbeitsherrn zwischen Kapitalrecht und Arbeitsrecht erst recht zum Ausdruck.

Wenn ein Arbeitsherr, ein Geschäftsmann irgend welcher Art, jährlich sein Vermögen um Tausende und Zehntausende von Franken vermehrt, so ist das natürlich recht und lobenswerth und Jeder sieht den Hut vor dem thätigen Mann. Wenn aber der Arbeiter nur zur Wahrung seines elenden Einkommens den Finger rührt, wenn er für 9 Stunden schwerer Arbeit 4 1/2 - 5 Franken verlangt, so ist er ein Wilder, ein Hefe, ein Unflätler, ein Bösewicht, gegen den man nach Polizei und Justiz laut schreit.

Hui! Zeu! über diese Moral!

Die Gewerkschaften unterziehen die Maler kräftig. Der Schlosferverein beschloß pro Mitglied 1 Franken, die Dreier, Zimmerleute und Sipler 60 Centimes wöchentliche Unterstützung. Die Sipler sind von ihren Meistern keiner Antwort auf ihre Forderungen „gewährt“ worden. Die Gesellen saßen in einer Versammlung den Beschluß, festzusetzen an ihren Forderungen: neun stündige Arbeitszeit und Minimallohn. Den Meistern soll zur endgültigen Entscheidung Frist gelassen werden bis 14 Tage nach Ditten.

Die Hämmerer saßen in einer fast besuchten Versammlung Beschlüsse über ihren Tarif. Derselbe sieht in seinen Hauptbestimmungen dem Rheinländerentwurf und einem Minimallohn von 60 Centimes vor. Auch forderet er die Freigabe des 1. Monats. Sofort gingen die Forderungen an die Meister ab und bliebt die Angelegenheit vorläufig unter der Leitung des Vorstandes des Stadtbereichs. In geheimer Abstimmung wurde unter großer Begeisterung mit allen gegen zehn Stimmen beschloffen, fest zu den ausgestellten Bedingungen zu stehen, selbst wenn es zum Streik kommen sollte.

Auch die Baugewerkschaften Zürich sind in die Lohnbewegung eingetreten und haben sich mit den übrigen Arbeitern solidarisch erklärt. Unter den Hilfsarbeitern befinden sich viele Italiener, die ebenfalls von bestem Geiste befeelt sind.

Der Polizeivorstand der Stadt Zürich hat folgende protokollarische Instruktion für das Verhalten der Polizei in Streikfällen erlassen:

1. Die Polizei hat die streikenden Parteien - Arbeiter und Arbeitgeber - auf gleichem Fuße zu behandeln; der Streik an sich rechtlich nicht zum Voraus Verboten, die sich desselben als Mittel zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen bedienen, polizeilich anzuführen.

2. Dagegen kann die Polizei Gewaltthatigkeiten jeder Art, gleichviel ob sie sich gegen Arbeitgeber, Streikende oder Arbeiter, die fortarbeiten wollen, rüthen, nicht dulden; sie muß insbesondere, sei es in Rücksicht auf Bestimmungen des Strafgesetzbuches, sei es auf politischen Gründen (Verständigung und Befriedung von Unruh, Sicherung der Verkehrsfreiheit und der Ordnung) einschreiten:

- a) wenn Streikende zum Mittel der unerlaubten Mißthigung gegenüber solchen, die fortarbeiten wünschen, greifen, indem sie mit Gewalt dieselben aus der Werksstätte oder von einer Baustelle holen wollen;
- b) wenn Streikende zu oder von der Arbeit gehende Arbeiter auf öffentlichen oder privaten Grund in einer Weise belästigen, daß daraus die Gefahr von Anspannungen, Schlägereien und Unruhen entsteht;
- c) wenn Streikende überhaupt sich den gesetzlichen Geboten in Hinsicht auf Wahrung des Friedens und der öffentlichen Ordnung widersetzen.

Es ist also insbesondere polizeilich einzuschreiten in den Fällen, wo Streikende, statt sich auf das Mittel der Ueberzeugung und erlaubten Einwirkung zu beschränken, fortarbeitende Genossen mit Gewaltthatigkeiten bedrohen, ferner wenn Streikende in gleicher Rücksicht sich in Werksstätten oder Baustellen einbringen; wenn sie sonst Handlungen begehen, welche zu Gewaltthatigkeiten, Betrüben und Ungehörigkeiten führen könnten oder würden.

3. Soweit dies Verhalten der Streikenden den Arbeitgebern und fortarbeitenden Genossen gegenüber kein provokantes und gewaltsames ist, hat die Polizei sich neutral zu verhalten; bloßes Patrouilliren von Arbeitern vor Werksstätten etc., wenn es den freien Verkehr nicht hemmt; Anhalten von Nichtstreikenden auf der Straße nur zum Zweck moralischer Einwirkung und persönllicher Ueberredung etc., soll unbeanstandet bleiben.

4. Ueberhaupt sind äußerste Sorgfalt und guter Ton, verbunden mit der nötigen Befähigung, in jedem einzelnen Falle erforderlich.

Aus Ungarn.

Budapest, Ende März.

Die hiesigen Maurer haben in einer gut besuchten Versammlung beschloffen, daß der 1. Mai mit Arbeitsruhe zu feiern sei. Ferner wurde die Verlängerung der Arbeitszeit für sehr notwendig erklärt, jedoch wurde die Beschlußfassung zu dieser Frage der zunächst einzuberufenden Versammlung vorbehalten.

Die Verhältnisse im Baugewerbe sind hierorts und in den meisten anderen ungarischen Städten äußerst schlecht. Trotzdem sind die organisirten Berufsgenossen unausgesetzlich thätig, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Leider aber leben noch so viele Kollegen in Gleichgültigkeit dahin, führen ein jämmerliches Leben und vergeffen, daß sie auch Menschen sind. Es ist traurig, aber wir müssen mit der Wahrheit heraus und offen sprechen, daß viele unserer Kollegen keine bessere Wohnung, keine eltere Bekleidung für sich finden, als das Karrenspießen, bei theuerm, schlechten Weine. Andere wieder gehen in schlechte Gesellschaft und verhaufen oft in einer Nacht ihre sauer verdienten Geldchen, ohne daß sie und ihre Angehörigen nur den mindesten Vortheil davon hätten. Und dies thun gewöhnlich diejenigen, welche die ganze Woche sich unermüdlich abarbeiten, um nur viel zu verdienen. Sonnabends wird das Geld vergeudet und Tags darauf, nämlich schon am Sonntag, werden wieder Schulden gemacht. Natürlich ist mit solchen Elementen nicht viel zu machen; sie verschönden die Hoffnungen der zielbewußten Kollegen und haben kein Geld für Organisationszwecke. Wir sprechen im Allgemeinen, müssen aber bemerken, daß nur ein kleiner Theil der Kollegen sich das Gelage zu Schulden kommen läßt, aber auch dieser kleine Theil ist loblich und gerecht zur Ehre der Gesamtheit. Es geht aber die jungen Kollegen, welche ein schättsinniges Leben führen. Wir den Alten läßt sich nichts machen, aber die Jungen müssen wir retten. Die Keuzergewerkschaften möge man verschonen mit Einstands- und sonstigen Einlagen. Und dies gilt nicht nur für Budapest, sondern für alle Bauarbeiter Ungarns überhaupt. Die organisirten Kollegen müssen hier einschreiten und die Wis-

**Hände befehlen.** Unsere jungen Kollegen sollen zu klar denkenden Männern erzogen werden.

Die organisierten Steinmetzgewerkschaften (Ungarische Steinmetz-Verband) erörtern seit Langem lebhaft die Frage des Inhabens eines gewissen Masters und Gesellen zu vereinbarten Tarifs. Das hat seine Schwierigkeiten wegen der vielen Steingattungen, die hier zu Lande, besonders in Budapest, verarbeitet werden. Es giebt Arbeiter, welche nach Kubik-Quadratmeter bezahlt werden, aber der Steinmetzgewerkschaft erklärt esst dann der Preis, wenn er schon ganz, oder zum Teil mit seinem Stüde fertig ist, ja oftmals erst am Samstag bei der Auszahlung. Und oft kommt es vor, daß einer sich 14 Tage radert, während dieser Zeit 12 Vorhauß nimmt und wenn seine Arbeit fertig wird, holt er noch 21. 20 zu bekommen, aber blüht er seine Tauschung, wenn er statt 21. 20 nur 10 oder noch weniger bekommt. So kommt es, daß viele Kollegen nicht einmal den Minimal-Tageslohn von 21. 20 verdienen. Erwünscht man sich bei Beginn der Arbeit, wie viel für das Stück bezahlt wird, so erklärt man zur Antwort: "Radnen Sie nur zu. Es werden schon rauskommen." Dingen kommt es oft vor, daß bei Übernahme der Arbeit-Preis zu niedrig gestellt wird, in diesem Falle kommt es zum Handeln wie auf dem Feldmarkt.

Häufig geschieht es, daß zwei Gesellen zwei Stücke bekommen, welche in Größe und Maß ganz gleich, aber in Härte grundverschieden sind, trotzdem sie zu einer Steingattung gehören. Nun verdient der Eine, welcher das weiche Stück erhält, seinen wahren Lohn, während der Andere mit dem harten Stück kaum im Stande ist, sich das Notwendigste zu verdienen. Und bei Beginn einer solchen Arbeitsforte sucht man gewöhnlich die weichen Steine heraus, welche von den sogenannten Vorarbeitern in so und so viel Zeit fertig werden. Diese Zeit ist dann der Maßstab des Lohnes für alle darauffolgenden harten oder weichen Stücke. Und daraus entsteht dann der große Unterschied im Verdienst. Biele, besonders wenn sie keine Protection haben, können trotz ihrer anstrengenden Arbeit kaum leben.

Es ist aber doch der Fall, daß manchmal die Preise annehmbare sind, so werden sie bei nächster Gelegenheit wieder heruntergedrückt, d. h. bei einem anderen Proffil, aber derselben Arbeit die gleiche Steingattung, und ist an Stelle eines Hundstabs eine Hohlleiste getreten, oder sonst etwas, werden schon wieder andere Preise gemacht. Nun heißt es wieder handeln, und läßt sich nichts mehr herausfragen, nun, dann heißt es radern, damit etwas verdient werde.

Damit die Unterneher mehr profitieren sollen, müssen die Steinmetzen sich schänden bei der Arbeit.

Unter solchen Umständen dürfte es kaum möglich sein, einen einheitlichen Tarif zu schaffen. Es muß also die Festsetzung eines Minimallohn es erstrebt werden.

Was unsere herrliche "Ordnungs"-Polizei an freier Arbeiter veranlaßt, durch jetzt folgender Fall: Der hiesige Steinmetzmeister H. Papay wollte die Kollegen Petrencak und Kutonya auf vorschlägliche Projekte in Arbeit ein- und schickte sie auf den Wertplatz nach Gyöngös; nachdem Papay sein gegebenes Versprechen nicht eingehalten hatte, verließen die Kollegen nach Verlauf von vierzig Tagen die Stadt Gyöngös; da sie aber ihren Lohn und die Arbeitsbücher nicht herausbekamen, verließen sie Papay. Aber-anstatt das-bisheinen eine Aufstellung erhalten hätten, erklärten eines Morgens 3 Uhr bei Petrencak und Kutonya ein Wollst in Rivoli und begleitete diese auf die Stadthauptmannschaft des VII. Bezirks und von da wurden sie ohne Bescheid durch einen unformierten Polizisten in das Hauptbüchsenhaus geführt. Hier wurden sie einen Tag zurückgehalten und sodann mittels Zwangs nach Gyöngös geschickt. Am nächsten Tage kamen sie in Gyöngös an, wo sie sich gleich bei der Stadthauptmannschaft meldeten und erklärten, daß eine solche Verhaftung nicht einmal in Rußland vorkommen kann und sie sich Benützung verschaffen würden. Der Stadthauptmann ist darüber erschrocken und wollte weiter von der ganzen Sache garnichts wissen, auch der Bürgermeister und der Referent aber gewerkschaftliche Angelegenheiten haben die Berechtigung des Arbeitsaustrittes anerkannt. Petrencak und Kutonya erhielten nun ihre Arbeitsbücher und konnten auf eigene Kosten wieder nach Budapest abreisen. Da sie aber keine Geldmittel hatten, mühten sie den Weg zu Fuß machen. Die genannten Kollegen hatten nun vier Tage verstimmt und waren außerdem noch einen Tag verhaftet.

So etwas geschieht im freien Ungarn. Einem profitgierigen Unterneher zu Liebe werden unzulässige Arbeiter aus ihren Familien herausgeschleppt, werden eingesperrt und oben-dreien werden ihnen noch Unkosten verursacht. Das erste und rechte Polizei-Banditen thum!

**Situationsberichte:**

**Maurer.**

**Hamburg.** In der am Donnerstag, den 22. März, stattgehabten Mitgliederversammlung gab zum ersten Punkt der Tagesordnung der Bevollmächtigte die Gründe an, welche die dringliche Verwallung veranlaßt haben, ein Flugblatt zu verbreiten. Es sei gesehen, um die Bestrebungen einiger Personen, die darnach trachten, unsere Organisation zu vernichten, zu welchem Zweck diese eine öffentliche Maurerverwallung am Dienstag im "Victoria-Garten" in Warmbeck einberufen hätten, zu vereiteln. Da die Einberufung einer Mitglieder-versammlung vorher unmöglich war, so möge die heutige Versammlung sich mit den von der dringlichen Verwallung getroffenen Maßnahmen einverstanden erklären und beim Vorstand beantragen, die hieraus entstehenden Kosten zu übernehmen. Diefem Vorhage stimmt die Versammlung ohne weitere Diskussion zu. Zum 2. Punkt verliert der Referent die Abrechnung vom Monat Februar. Die Einnahme und Ausgabe betrug M. 282.90. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M. 341.25, die Ausgabe M. 248.88, bleibt Kasienbestand M. 87.57. Es folgt hierauf der Bericht der Delegierten vom Verbandstage. D r i g g e -mann spricht sich zunächst veranlaßt, auf die vielen an ihn gerichteten Fragen, wie sich die beiden Delegierten Richter und Schwartz zu Erörterung der Beiträge verhalten haben, zu erklären, daß dieselben ihre volle Schulpflicht gethan haben und mit aller Entschiedenheit die Normirung, welche gegen die hiesige Bauhütte erhoben wurden, zurückweisen. Nachdem Referent über die nächsten Eröffnungs-Formalitäten und die Mandats-Verhältnisse berichtet, verliest derselbe den gedruckten Geschäftsbericht des Vorstandes, welcher in klarer und eingehender Weise die gebaltete Lage der Maurer schildert. (Wir haben schon

einmal darauf hingewiesen und wiederholen hiermit, daß die die Verwallung über die Verhandlungen des Verbandstages auch nicht auskundschaften, sondern mit-geheilten Grüden wiedergeben können. Wir mühten daher diesen Theil des Berichtes streichen. Die an die Verwallung an-tragenden Besalten werden wir selbstverständlich un-berücksichtigt übergeben. (D. Red.) R. Richter berichtet sodann über den Theil der Verhandlungen des Verbandstages, der der Statutenberatung gewidmet war. Schwartz berichtet noch über den Empfang der Delegierten seitens der Altbürger-Gesellen, sowie über den Gang der Verhandlungen. Nach längerer Diskussion, an welcher sich eine ganze Anzahl Redner betheiligt und in deren Verlauf eine Resolution von P a r m s eingebracht wurde, die folgende ist im nächsten Bericht, beschloß die Versammlung die vorgerückten Zeit halber die weitere Dis-kussion bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Da die Wahl von drei Repräsentanten notwendig geworden, die Er-zielung derselben jedoch nicht mehr gelingen wollte, so wurde die Regelung dieser Angelegenheit der örtlichen Verwallung überlassen und erfolgte hierauf Schluß der Versammlung.

**Bremen.** Am 28. März fand die regelmäßige Mitglieder-versammlung der hiesigen Bauhütte statt. Zunächst wurde von Busch zu dem Punkt "Arbeitsnachweise" bemerkt, daß die drei von der Bauhütte gewählten Kollegen dolauß ihre Pflicht gethan, bagegen hätten die von den Zimmerern und Bauarbeitern ge-wählten Delegierten sich nicht sehen lassen. Es sei die Frage aufzuwerfen, ob es sich nicht empfehle, die Einbürgerung des Arbeitsnachweises so lange zu vertagen, bis das Vereinshaus fertig gestellt sei; es würde dadurch an Kosten gespart. So da ist der Meinung, daß, nachdem mit aller Macht die Errichtung eines Arbeitsnachweises erstrebt wurde, derselbe auch hochgehalten werden müsse. Wenn in den ersten Jahren den Arbeitern auch ein großer Nutzen daraus nicht erwachse, so würde in der Zu-kunft eine solche Institution doch großen Segen bringen. S ch ö t t n e r weist darauf hin, daß bereits eine Petition an den Senat eingereicht ist, in welcher die Errichtung eines Arbeits-nachweises für alle Arbeiter auf Kosten des Staats gesordert wird. Nach einer aufgeregten Debatte würden sich die Kosten auf ja. M. 12.000 jährlich belaufen, welche Summe der Staat leicht zahlen könne. Von mehreren Kollegen wurde noch beklagt, daß die Zimmerer und Bauarbeiter sich in dieser Sache so gleichgültig verhalten. In Bezug auf den Neubau des Ver-einshauses wurde von B u r s t e darauf hingewiesen, daß von den Maurern noch sehr wenig Geld zu diesem Zweck aufgebracht wurde. Man müsse in Erwägung ziehen, ob nicht die Mit-glieder verpflichtet werden können, Antjeilnahme zu entnehmen. D e e r ist gleichfalls der Ansicht, daß mehr gethan werden müsse. Er hofft, daß sich Keiner ausstellen werde, nachdem jetzt die Verhältnisse für die Maurer bessere geworden sind. Des schwachen Beluges halber wurde die Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Auf Antrag F i t z wurde be-schlossen, künftig die Versammlungen um 8 Uhr Abends be-ginnen zu lassen, damit jedem Kollegen die Möglichkeit gegeben werde, erst von der Arbeit nach Hause zu gehen, wie dieses schon von vielen Kollegen gethan werde. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

**Lehe.** Am Dienstag, den 27. März, Abends 8 Uhr, fand im Hause des Herrn B. Lange die regelmäßige Mitglieder-versammlung der hiesigen Bauhütte des Zentral-Verbandes der Maurer-Deutschlands statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung mußte, da der Schriftführer verhindert war zu erscheinen, ein solcher gewählt werden, und fiel die Wahl auf den Kollegen J. F u b e r t. Der erste Punkt der Tagesordnung fand eine scharfe Erörterung, da sich nur ein Kollege ausnehmen ließ. Hierauf erllarte der Kollege H. C l a u s Bericht über die Sitzung der Revisor-Kommission, welche am 23. März im "Colosseum" zu Bremerhaven stattfand, und theilte den An-wesenden mit, daß die hiesige Revisor-Kommission in derselben Weise stattfindet wie im vorigen Jahre; nachmittags 3 Uhr Kol-le-versammlung, in welcher der Genosse Schmalstedt einen Vortrag halten wird; Abends Umgang durch Bremerhaven, an welchem sich die Kollegen so viel wie möglich theilnehmen sollen, haupt-sächlich diejenigen, die außer Arbeit sind und denen kein materielle Schaden droht. Redner leitete sodann den Antrag, mit den Gesellen der Kollegen gemeinschaftlich ein Antjeilfonds zu halten, welcher angenommen wurde. Zum Punkte "Ver-einshaus" theilte der Kollege Mehe den Anwesenden mit, daß am Sonntag, den 1. April, im "Colosseum", Bremerhaven, eine öffentliche Maurerverwallung stattfinden, zu welcher der Ge-nosse F. V o r e n z aus Hamburg als Referent erscheinen wird. Nachdem der Bevollmächtigte noch das Verhalten der Mitglieder-tabelle, indem dieselben sich so wenig an den Versammlungen betheiligten, erfolgte um 10 Uhr Schluß der äußerst schlecht be-suchten Versammlung.

**Essen.** Eine Mitglieder-versammlung fand am Sonntag, den 11. März, statt. In derselben hielt Kollege D a v i d einen Vortrag über: "Bildung und Bildungsmittel." Eingangs seines Referats erklärte Redner, daß er sich entschlossen, den Vortrag in zwei Theile zu zerlegen, und wollte er im ersten Theile be-handeln: "Den Begriff und das Wesen der Bildung und die Notwendigkeit der Bildung für die Menschheit." Im zweiten Theile wollte er sprechen über: "Die Mittel, Bildung zu er-langen." Der zweite Theil des Vortrages findet in einer der nächsten Versammlungen statt. Zunächst erwähnte der Redner die Bevollmächtigtheit des Menschengehorsicht, daß die Menschheit sowohl, als das Individuum, um zur Kultur zu gelangen, den Weg der Bildung beschreiten müsse. Eine wahrte Kultur besteht heute nicht, diejenigen, welche sich heute gebildet nennen, seien nicht weniger als dies. Bildung hat nicht mit Klugheitsigkeiten zu schaffen, obgleich ein gebildeter Mensch auch auf äußerlichsteien Rücksicht nimmt. Die wahre Bildung be-steht in der Anwendung aber von der Natur entwickelten Organe und Fähigkeiten. Der Mensch hat sehr viele Organe: die Hörschellen, welche uns die Anatomie kennen lehrt; die Sinne, wodurch der Mensch befaßigt wird, äußere Eindrücke und Gegen-stände seinem Bewußtsein zu übermitteln. Die Fähigkeiten des-Menschen sind mannigfaltiger Natur. Er kann Begriffe und Ideen bilden, er kann denken und erkennen, farr, der Mensch ist ein mit Verstand und Vernunft begabtes Wesen. Die An-wendung der von Natur entwickelten Fähigkeiten ist das eigen-tliche Wesen der Bildung; ja, die eigentliche Tugend entspringt erst aus der Bildung, indem der Mensch durch Erkenntniß sein Leben vernünftig einrichtet, Tugend jedoch vernünftig-gemäßes Leben ist. Das Ziel der Bildung besteht darin, daß durch die Menschheit zur Humanität gebracht wird. Redner bezeichnet Humanität als das Endziel aller auf die Entwicklung der Menschheit gerichteten Bestrebungen. Zum Schluß erwähnte

der Vortragende noch den Weisheitlichen Satz: "Seit den un-bekanntesten höheren Wesen" und meinte, daß dem Mäher dabei wohl die hohe geistige Entwicklungsfähigkeit der Menschheit vorgebildet habe. Von einem Kollegen wurde der Be-freiung über den Vortrag Auskunft gegeben, und wünschte er, daß dieser Vortrag zur Anregung unter uns dienen möge, welche uns sehr nützlich sei. Zu Vertheilung wurde ein Kollege in die Arbeitsnachweisekommission gewählt, und nachdem noch bekannt gegeben, daß zur nächsten Versammlung der Bericht vom Verbandstage erllartet würde, erfolgte Schluß der Ver-sammlung.

**Nachm.** Nach längerer Pause, hervorgerufen durch die immense Arbeitslosigkeit, wodurch bis auf einige Sammler der Bauhütte angehörigen Kollegen nicht in der Lage waren, die Versammlungen besuchen zu können und dieselben fortwäh-rend vertagt werden mußten, fand am Montag, den 19. Fe-bruar, Abends 8 Uhr, eine gut besuchte Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorstandswahl. 2. Die bevorstehenden Gewerkegerichtswahlen und Stellungnahme dazu. 3. Vertheilung. Zum ersten Punkte machte der Bevollmä-chtigte bekannt, daß die Vorstandswahl eigentlich schon stattge-lunden haben sollte, es aber unterblieben sei infolge der schlecht besuchten Versammlungen; die Wahl heute vorzunehmen, sei auch nicht angebracht, weil die Versammlung nicht im "Grundstein" vertheilt worden: Es wurde beschloffen, diesen Punkt bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung theilte der Bevollmächtigte mit, daß er von den drei ausgewählten Besitzern der Kammer B nebst den anderen Vertrauensleuten der verschiedenen Gewerkschaften zu einer Besprechung eingeladen worden sei, in welcher die Vorarbeiten zur Gewerkegerichtswahl geregelt werden sollen. In obiger Besprechung wurde nun beschloffen, daß jede Gewerkschaft je einen Delegierten entsenden solle, welche dann gemeinsam die Agitation in die Hände nehmen würden. Es wurde hierauf Kollege O r t m a n n s als Delegirter gewählt. Auf eine An-frage des Kollegen S o f f m a n n wie wir uns zur Bedung der durch die Wahl entstehenden Kosten stellen würden, erwiderte der Vorsitzende, daß unsere Kasse jedenfalls nicht in Anspruch genommen werden könnte, da wir auch noch ein Defizit der Hauptkasse gegenüber zu beeden hätten und auch die Agitation in diesem Frühjahr energisch betrieben werden müßte, was auch wieder Geld erfordere. Jedoch würden wir uns mit Sammel-listen eifrig Mühe geben und so unser Scherlein beitragen; damit war die Sache erledigt. Im Vertheilungspunkte theilte Kollege R i e d e r den Antrag, daß die Kollegen untereinander statt mit "Sie" sich mit dem traulichen "Du" anreden sollten, weil wir ja alle Brüder seien und Brüder sich nicht mit "Sie" anreden. Es wurde dem entprochen. Sodann theilte Kollege B e f f e l den Antrag, eine Büllettenliste zu gründen, und sollten alle Kollegen, welche etwa Bücher für sich halten, diese der Bauhütte zur Ver-fügung stellen, und so der Allgemeinheit dienen. Kollege S o f f-m a n n theilte den Nebenantrag, eine Kasse anzuschaffen, welche in den Versammlungen aufzustellen und deren Einnahme dann für die Bülletten verwandt würde. Welches auch Annahme. Es wurde dann noch mitgeteilt, daß ein Unterneher beabsichtigt, Stundenlohn einzuführen, wodurch dann den Arbeitern zwei Stunden, nämlich die, welche am Montag später amlangen und die, welche Samstag eher ausgeht und im Tageslohn mitbezahlt werden, abgezogen würden. Sollte dies stattfinden, so mühten wir dieses als Agitationmaterial verwenden und den Kollegen, welche beim obigen Unterneher arbeiten, klar machen, daß dieses schwerlich stattfinden würde, wenn die Kol-legen alle der Organisation angehörten. Es wurde den bei diesem Unterneher arbeitenden Kollegen aufgetragen, einen etwaigen Vornahme dem Vorstehenden sofort mitzuteilen, um sofort da-gegen Front machen zu können. Denn sei dies bei einem Unterneher eingeführt, so würden die anderen schnell folgen, der dreimalstheilige Proffil sei sehr scharfsinnig. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

NB. Die nächste Versammlung wird durch beigelegte Zettel im "Grundstein" bekannt gemacht.

**Berlin.** Am Sonntag, den 18. März, fand unter Leitung der Kollegen B. V i l l e ; F. R i e b e r m e i e r und E. R a t z e r eine öffentliche Maurerverwallung statt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Meister die eifrigste Arbeitzeit einzuführen geben und so A. Robn pro Tag in Bezug bringen wollen. Es sei notwendig, sich gegen dieses Ansuchen zu wehren und die Arbeit sofort einzustellen. Die streubenden Kollegen mühten so lange unterstellt werden, bis die Meister die ge-nüßliche Arbeitzeit und einen Tageslohn von M. 3 bewilligt haben. Kollege W i t f o e d erklärte, den Meistern gesagt zu haben, sie mühten sich für die Arbeit, den "Bestern" 25 A zahlen zu wollen, Gesellen molen lassen. Kollege S c h i e f e führte darauf in längerer Rede aus, daß die Verhältnisse für das Ge-winnen des Ausstandes allerdings recht ungünstige seien, weil die Kollegen noch alle unter dem Druck des Winters zu leiden haben. Aber da wir einmal so weit gekommen, sei es Pflicht aller, Schalter an Schalter zusammenzusetzen, damit dem aus-beuterischen Kapital klar gemacht werde, daß auch die Arbeiter ein Recht zum Leben haben. Wenn alle Kollegen fest an der Zentralisation halten würden, könnte sehr darauf gerechnet werden, daß die vorjährige Forderung durchgeföhrt werde. In das Streitkomite wurden die Kollegen R o t f o r d, S u n t e z und R i e b e r m e i e r gewählt. Beschloffen wurde, daß die in Arbeit stehenden Kollegen wöchentlich M. 1 Streikunterstützung zu zahlen haben, und erfolgte dann, nachdem Kollege S c h a u f s noch erklärt hatte, in der letzten Woche mit den Meistern unter-handelt aber ein Resultat nicht erzielt zu haben, Schluß der Versammlung.

In der Versammlung vom 26. März wurden die Ver-hältnisse, wie sie sich im Laufe der Woche gestaltet, bekannt gegeben. Es wurde besonders hervorgehoben, daß es schwer halte, den zugereisten Kollegen klar zu machen, weshalb die Arbeit eingestelt wurde und sie von der Aufnahme der Arbeit ab-zuhalten. Es waren im Laufe der Woche mehrere Kollegen zugereist, von denen sieben die Arbeit aufnahmen, die absolut nicht mit sich preden lassen; an Andere ist vertheilte Reichunterstützung ausgeföhrt worden. Allgemein wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach den Feiertagen die Ver-hältnisse sich wesentlich durch Inangriffnahme größerer Bauten bessern und die Meister gewonnen sein würden, unsere Forde-rung zu bewilligen. Beschloffen wurde, durch gedruckte Bülletten die fremden Kollegen zu eruchen, sich und anzuschließen. Nach einer kurzen Ermahnung des Vorsitzenden, unentgeltlich für die gute Sache weiter zu kämpfen, erfolgte Schluß der Versammlung. Galbe a. d. E. Am Sonntag, den 17. März, fand die regelmäßige Mitglieder-versammlung der hiesigen Bauhütte

des Centralverbandes der Maurer Deutschlands. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung durch Ergeben der Beiträge erledigt, schritten die Kollegen W o r s d o r f und R a m e r aus, daß bei den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen es nicht möglich sei, unsere Bauhütten noch zu erhalten. Es müsse aber andere Maßgabe am Platz sein, dieselbe so lange zu erhalten, als es unter diesen Umständen möglich ist. Der Kassier K l i t t e r schaltete die kausalen Zustände am Orte und führte weiter an, daß er gerade am besten Gelegenheit gehabt hat, sich ein Bild zu schaffen. Am Ende des Jahres könne er sagen, es sei wirklich nicht so leicht, unsere Bauhütten noch zu erhalten oder zu verwalten. Auch vom Bevollmächtigten S c h u l z e wurde in kurzen, aber dringlichen Worten die Lage der Mitglieder und Mitgliederverhältnisse und die traurigen Zustände am Orte dargestellt. Am Ende der Debatte wurde darüber abgestimmt, ob die Bauhütte aufrecht erhalten werden soll. Dieselbe wurde mit Majorität angenommen. Nun erfolgte die Wahl der ständigen Verwaltung. Zum ersten Bevollmächtigten wurde gewählt W i l h e l m S e n g l e r; zum zweiten W i l h e l m R a m e r; zum dritten Kassier K l i t t e r, zum vierten W i l h e l m S c h u l z e; zum fünften Schriftführer W i l h e l m S c h u l z e; zum sechsten W a r e n g e m ä h n t W i l h e l m W o r s d o r f; zum siebten W a r e n g e m ä h n t S e i l e r. Die Protokolle wurden dem Kassier K l i t t e r mit Übertragen. Diebstahl erfolgte um 11 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

**Vorbereitungen.** In Anbetracht der schlechten Lebensstellung der Mitglieder wurde beschlossen, bei in einer Mitglieder-Versammlung des Centralverbandes der Maurer und verwandten Berufsge nossen gewählter Kommission folgenden: Da wir nachdem wir allen Bauhandwerkern die schlechtesten Gehalt erhalten haben und wir in diesem Jahre eine gute Automatikur haben, setzen wir uns daran, mit folgenden Verbesserungen an die Unternehmer heranzutreten: 1. Für Ziegel-, Schiefer- und Apparaturen an Wohngebäuden den bisherigen Stundenlohn von 25 A auf 35 A zu erhöhen; 2. Bei Überlandarbeiten einen halben Tag von 50 A und Schaffelle; 3. Bei Überlandarbeiten wird die Arbeitszeit vom Verlassen der Stadt bis zum Wiederentreten in dieselbe gerechnet; 4. Bei Zimmerarbeiten achtstündige Arbeitszeit und doppelten Stundenlohn; 5. Junggeleuten vom ersten Tage der Beendigung der Lehrzeit den oben erwähnten Lohn zu zahlen; 6. Abschaffung der Überforderbellen; 7. Eine anständigere Begehung felsen der Arbeiter.

**Berlin.** Am Freitag, den 28. März, fand die bereits angekündigte kommittee Mitglieder-Versammlung der Bauhütten I. und II. Rat, auf deren Tagesordnung stand: Fortsetzung der am 11. März begonnenen Diskussion über den Bericht der Delegation zum zweiten Verbandstage. An derselben beteiligten sich hauptsächlich die Kollegen S i e b e r s m i d t, S e l l e r, S c h m a n n, E. G r a f f i t z, D a h n e, D u c h o l z, und S a n d. Die Besprechung der Sachangelegenheit wurde von sämtlichen Rednern besprochen und die Wortliste eines Centralblattes anerkannt. Zugleich wurde über auch darauf hingewiesen, daß gerade die kleinen Gewerkschaften, wie z. B. Dachdecker, Stukkateure, Maler, Tapezier usw., soweit sie ein selbstständiges Organ besitzen, sehr eilig an bemerken sollten. Zu allererst müsse Rücksprache mit den betreffenden Gewerkschaften genommen werden, ehe eine Besprechung, wie sie die Zimmerer andachten, welche, wie es scheint, nicht so sehr ernst gemeint ist, sonst hätten sie einen Delegationen auf den Verbandstag gefandt, der wohl mit etwas mehr Wärme dafür eingetreten wäre, stattdessen. Auch wurde der Bohmbau von einigen Kollegen einer Kritik unterzogen, die Meinung derselben ging dahin, daß es hauptsächlich in den größeren Orten sehr schwer fände, Mitglieder anzuziehen, weil die Ertragssteuer eine zu hohe sei. Die Kollegen D a h n e und S c h u l z e machten jedoch der Versammlung klar, welche Ansprüche an den Verband gemacht würden. Was bis dato geleistet sei und was zu leisten bevorstehe. Die Organisation sei eine Kameraderorganisation, eine solche erfordere Opfer, wenn sie ihren Zweck erfüllen solle. Es seien in der vorliegenden Zeit an 543 Tagen Versammlungen an verschiedenen Orten abgehalten worden, in welchen Kräfte aus Berlin, Hamburg, Pommern usw. wirkten. Dieses ist unumwunden notwendig, alles dieses erfordert Geld. Der Verbandstag habe Alles reichlich zu leisten und konnte daraufhin einer Reduzierung der Ertragssteuer nicht zustimmen. Man möge nur den und fernstehenden Kollegen die Sache richtig klar machen und nicht erlauben im Mitglieder, dann werde auch der nächste Verbandstag auf eine größere Mitgliederzahl zurückzuführen können. — Zur Vertiefung. Im vorigen Bericht muß es heißen: Sammelliche Streit, welche stattgefunden haben, waren Abwehrtreits, nicht Mitglieder.

**Bielefeld.** In der am 5. März stattgehabten Mitglieder-Versammlung der hiesigen Bauhütte des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen wurden acht Kollegen als Mitglieder aufgenommen. Nachdem hielt Kollege R a p p e einen längeren Vortrag über den Antrag S c h i m m e l t, die Lohnfrage betreffend. Derselbe begründete, die Kollegen zu verpflichten, nicht unter dem mittleren Lohn von 24 A pro Stunde zu arbeiten. Mit der Verbreitung des „Grundstein“ wurde an Stelle des Kollegen S c h i m m e l t Kollege B i e l e n d o r f bekannt. Die Entlassungsgesetze rief eine längere Debatte hervor; es sollte bestimmt werden, ob A. 16 oder 18 pro Quartal gezahlt werden sollen. Die Versammlung entschied sich für A. 18. Die Wahl der Gewerbegerichtsambudaten wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zu dem am Sonntag Morgen stattfindenden Fröhlichem wurden die Kollegen G l e c k, B r i n s l e r und W o l f als Kasseneblenen gewählt. Neben dem Antrag des Kollegen S c h i m m e l t, in nächster Zeit über oder fünf Maurervereinigungen abzuschließen und dafür gut die am Dreizehnten Februar, keine fremden, zu wählen, sprach Kollege S e l l e r an und legte den Sachverhalt klar. Der Antrag wurde angenommen und drei Kollegen mit Regelung der Sache betraut. Als Notula wurden vorgelesen und genehmigt: „M e i s s e n a l l e“, J u r m a n n, S c h u l d e r, W o b e n i n G l e s e l s und W a l l m a n n in G a d d e r b a u n. Die nächste Versammlung soll im „Grundstein“ bekannt gegeben werden. Am 18. März erfolgte nach zweifelhäftiger Dauer Schluß der Versammlung.

**Freiburg i. Br.** Am 24. März fand in dieser die öffentliche Maurerverammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Besprechung über die zehnständige Arbeitszeit; 2. Bescheidener; 3. Bericht über die zehnständige Arbeitszeit. Die Versammlung war hart beschaffen und rekrutierte Kollege J a g e t aber die Lage der Maurer Freiburgs sowie über die Einführung der zehnständigen Arbeitszeit und die Vorteile derselben. Er schilderte die Lage der hiesigen Maurer als die schlechtesten anderen Städten gegenüber und stellte die Forderung der zehnständigen Arbeitszeit

als sehr berechtigt dar. Es entstand sofort über diesen Punkt eine längere Debatte, und wurde hernach folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen: „Durch die eintägige Lage unserer Berufsge nossen, hauptsächlich im Winter, und in Rücksicht darauf, daß die anderen Städte Deutschlands die zehnständige Arbeitszeit haben, beschließen die heutige Versammlung, die zehnständige Arbeitszeit einzuführen.“ Im Punkt „Bescheidener“ schilderte J a g e t das Submissionsverfahren der hiesigen Meister, und erfolgte dann Schluß der Versammlung.

**Bauhandwerker.**  
**Wittenberge.** Am Mittwoch, den 28. März, fand hierseits eine öffentliche Maurer- und Zimmerer-Versammlung statt. Die Tagesordnung war: „Besprechung über die zehnständige Arbeitszeit.“ Kamerad R a b n e erwiderte in kurzen Worten die Vorberichtsnotiz vor 12 Jahren und die jetzigen. Seit einer zehnständigen Arbeitszeit vor 12 Jahren war der Lohn pro Tag M. 2,70, und jetzt, da wir die zehnständige Arbeitszeit wieder erlangen haben, ist der Lohn M. 2,60 bis M. 2,70. Also, unser Streben, uns ein besseres Loos zu verschaffen, ist demnach den Unternehmern gleichgültig, sie wollen die Arbeiter in der Knechtschaft erhalten. Nach einer Pause von 16 Minuten legte Kamerad S e n n e r den Bericht über das Vorhaben klar, und ermahnt, den Grundlaß zu schämen: Eingetragene macht. Die Kameraden S e n n e r und F r i s c h b e r wiesen darauf hin, daß überhaupt mit dem jetzigen Lohn keine im Stande sei, seine Familie reell und reichschaffen zu ernähren, also müßte etwas Besseres geschaffen werden. Sodann wurde der Versammlung die Statistik, welche den Unternehmern am 2. Februar zugestellt war, nach Aufforderung nochmals verlesen und erklärten sich sämtliche Kameraden damit einverstanden. Hieraus wurde beschlossen, da trotz mehrmaliger Aufforderung die Herren Unternehmer es nicht der Mühe wert hielt, sich mit uns periodisch über, schließlich in Verbindung zu setzen, die Arbeit am 9. April niederzuliegen und an diesem Tage, Vormittag 9 Uhr, eine Versammlung in der „Central-Halle“ abzuhalten. Kameraden allerorts, beweihe die Brüder und Verwandte schenkt, haltet den Jagu nach Wittenberge streng fern, dann wird auch der Sieg der uns zugehen sein.

**Stuttensee.**  
**Hamburg.** Der Centralverband der Stuttensee, Hamburg I hielt am 13. d. M. eine Mitglieder-Versammlung ab. Gewerbegerichtsbehörde D o t t e n e r versuchte die Vorhalle, die der Arbeiter in dieser Institution hat, zu erklären. Wie in allen betriebligen Einrichtungen, welche angeblich im Interesse des Arbeiters geschaffen worden, wird auch hier das Interesse des Arbeiters nicht in der Weise gewahrt, wie das bei den Unternehmern der Fall ist. Die Hauptpflicht des Gewerbegerichts besteht darin, einen Vergleich herbeizuführen. Wer da weiß, daß sein Arbeiter von seiner gerechten Forderung von seinem zumeist verdienten Lohn auf dem Wege des Vergleiches die Hälfte und oft noch mehr abgezogen wird und der Junger sich unwohl, auf den Vergleich einzugehen, wird das Gewerbegericht gerade nicht als einen Vorteil betrachten. Der Referent führte einige Fälle an, wo sein Vergleich zu Stande kam, und die Sache an d. Landgericht ging. — Die langsam bezahlte Gehälter arbeiten, wie lange der Arbeiter auf sein Geld warten muß, geht daraus hervor, daß seit 1893 noch einige Fälle der Erledigung harren. — Forenten empfindet jedem Arbeiter dringend das Studium der Gewerbeordnung, weil viele Arbeiter, weil sie von den Bestimmungen des Gesetzes keine Ahnung haben, oftmals nicht zu ihrem Recht kommen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gegen die Thätigkeit des Gewerbegerichts aus. Die weitestgehende Lage des Arbeiters sei eine zu erbärmliche, daß es nicht, wenn er sich nicht mit einigen Pennenbillig abstellen lassen, mehrere Jahre nicht im Landgericht erlischt werden. Die Gewerbegerichtsbehörde, welche von Art. 149 her abzuleiten, müßten doch den klagenden Arbeiter, der die Bestimmungen des Gesetzes nicht kennt, darauf aufmerksam machen, was er zu thun hat, um zu seinen Rechten zu kommen. Für die Gründung einer Centralgewerkschaften würde mehrere Kollegen und stillstehen die schauerlichsten Zustände, welche in den Herbergen herrschen. Es wurde ein Bescheid gefaßt, für die Gründung einer Centralgewerkschaft einzutreten. Der Delegierte erstattete den Bericht vom Gewerbegerichtsamt. Im Hinblick hieran entpant sich eine lebhaft Debatte über die Arbeitslosigkeit, welche der vorgerückten Zeit halber in der nächsten Versammlung fortgesetzt werden soll.

**St. A. M.** Am 20. d. M. fand abermals eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Das Resultat der Kommissionsmission.“ Die in der öffentlichen Versammlung am 11. März gewählte Kommissionsmission hatte den Auftrag, in diesem Jahre mündlich mit den Prinzipalen in Unterhandlung zu treten. Die Kommission war auch in der Pflicht nachgekommen und mit den größeren Prinzipalen in eine mühselige Besprechung des Lohnnagts getreten. Der Lohnnagt wurde mit wenigen Ausnahmen anerkannt. Das Gehalt der Firma S. F. u. S., welches bisher noch immer nicht den Mindestlohn von M. 6 betraht, veranlaßte eine rege Debatte. Der betreffende Prinzipal erklärte, er würde sich nicht ein ganzes Jahr an den Lohnnagt binden, er würde sich nach den Arbeitsverhältnissen und was für ein M. 1,60 nicht bei ihm arbeiten wollte, könnte gehen. Ferner ergab der Prinzipal noch an, daß so viele nichtzulassende Wünsche in unserem Geschäft thätig sind. Daraufhin wurde von verschiedenen Kollegen, die in diesem Geschäft getraut haben, ihre Verzeht gefordert und dabei betont, daß, nachdem sie ihre vierjährige Verzeht beendet, nicht mehr ausgebildet waren, wie mancher Tageslohn, der dieselbe Zeit bei uns gearbeitet hat. Das Gehalt W o l f f a r t e r, über welches im vorigen Jahre die Sperre verhängt wurde, erklärte sich mit dem Lohnnagt einverstanden. Das Gehalt R a n z i n g e r hat durch seinen Aufseher erklären lassen, daß es nicht genügt sei, mit der Lohnkommission in Unterhandlung zu treten. Doch hat dasselbe später noch Neue empfunden, da am Tage nachher den Gehältern seitens des Gehaltsführers erklärt wurde, die Inhaber hätten nicht gewagt, was die Leute wollten. Die Lohnkommission wurde beauftragt, nochmals vorzuputreten und befehligt sich die Versammlung eine spätere Besprechungsfrage hervorzubringen. Ferner erklärte sich die Versammlung mit der Bestätigung, die im vorigen Sommer in dem Gehalt von B r u n n e r und J a g e t eingeführt wurde, ohne vorherige Durchberatung und Zustimmung der Gehältern, nicht einverstanden. Dasselbe ist jedoch vom Gehaltsführer unter Verleumdung worden. Die Prinzipale hätten der Kommissionsmission gegenüber gewahrt, daß die Wertstellung in jeder Beziehung hochhalten würden.

Die Versammlung beauftragte das Bureau, Schritte zu thun und nochmals mit den Prinzipalen Rücksprache zu nehmen, um die Zurücknahme der betreffenden Bestätigung zu ermöglichen. Daraufhin erfolgte Schluß der Versammlung.

**Eingefandt.**

**Aus Freiburg i. Br.**  
Echtung, Kollegen! Die Maurer Freiburgs haben einen schweren Kampf wegen Forderung der zehnständigen Arbeitszeit zu bestehen. Es hätten sich schon einige Meister mit dieser Forderung einverstanden erklärt, doch eines schönen Morgens blieb es auf sämtlichen Bauten: „Wer nicht leidet bis 7 Uhr arbeiten will, kann gehen!“ Infolgedessen haben bereits sämtliche organisierten Kollegen die Arbeit niedergelegt; sie erklären den Meistern, daß sie nicht mehr zurückzugeben würden. Wir sind also in einen ganz unerbittlichen Streit geraten und ersuchen nun sämtliche Kollegen und Bauhütten, indem wir auf deren Ergebenheit und Solidarität rechnen, uns nach Kräften unterstützen zu wollen, damit wir unsere Bestrebungen durchführen können. Mit kollegiallichem Gruß.  
F. v. S. G. Hübel, Schriftf. d. Br.

**Aus Hamburg.**  
**Die Central-Franken-Kasse der Maurer zc. „Grundstein zur Einigkeit“ (S. 6, 7; Elb-Tonny).**  
Der Artikelstreiber führt zunächst aus, wie es im Allgemeinen mit unserer Kasse steht und konnte auf Grund der inhaltlich schlechten Lage der Kasse zu keinem anderen Resultat kommen, als daß die Kasse aufgelöst werden muß. Nun, dagegen wird wohl kein Mitglied der Kasse, selbst baldigst in den großen Bauhütten seinen Wohnsitz und das 48. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, etwas einzuwenden haben, denn so weit bekannt, liegen sämtliche großen Bauhütten auf demselben Standpunkte.  
Nun kommt der Einsender zu der Ratibfrage: Was soll aus der Kasse werden, sollen wir, S. 6, die jetzigen Mitglieder, nach der Auflösung auselander laufen und den Ort, die Betriebs- oder Kassenhütten anfallenden, oder sollen wir (noch Lebensfalls die jetzigen Mitglieder) eine andere Kasse zu gründen versuchen?  
Nun hatte ich es für selbstverständlich, daß man die Kasse nicht gleich in ihre Form wirft und davon läuft, sondern Alles versucht, um unsere alte Kasse, welche bald zwangsige Fortsetzung in Roth und Krankent gelistet hat, weiter bestehen zu lassen, wenn auch unter anderen Einrichtungen und Statuten. Also darin bin ich, und jedenfalls die größte Zahl der Mitglieder, mit einverstanden, daß auf der Generalversammlung unbedingt verlaßt werden muß, der alten, nicht mehr lebensfähigen Kasse eine junge starke Kranken- und Sterbekasse folgen zu lassen.

Oder aber werden die Ansichten des B. mit den meinsten sehr stark auselander, denn nach dem Wortschlage des B. soll die Generalversammlung der Kranken- und Sterbekasse der Maurer, Weiblicher und Stultateure, und in welcher auch eine große Zahl Steinbauer oder vertreten ist, beschließen, dieselbe in einen Verband totaler Kranken- und Sterbekassen der Maurer Deutschlands umzuwandeln. Weshalb kolossale Ironie liegt doch in diesem Vorschlag. Es müßten also sämtliche hiesigen Mitglieder der alten Kasse, welche nicht das Bild haben, Maurer zu sein, ausgelassen werden.  
Nun soll aber denn auch den ausgesprochenen Mitgliedern werden, worunter doch eine große Anzahl sein wird, welche das 45. Lebensjahr überschritten haben und solche, welche vielleicht den Reim einer Krankheit schon in der Brust tragen und infolge dessen in eine freie Beschäftigung nicht mehr aufgenommen werden? Diefelben müßten doch unbedingt der Vollstetigkeit abrenuwortet werden, und das kann doch unmöglich der Herr Einsender wollen; denn das würde sich doch mit seinem Prinzip nicht decken; auch glaube ich nicht, daß sich die Generalversammlung auf den energigsten Standpunkt des Einsenders stellen wird, und sollte sie es dennoch thun, so würde dies ein noch unangenehmerer Seitenhieb zu dem vor zwei Jahren gelösten Beschluß in Betreff Ausschließung der Steinhauer sein. Doch wie wollen es nicht hoffen.

Wie Herr B. zu der energigsten Auffassung kommt, mit Maurer für die Zukunft an der neuen Kasse teilnehmen zu lassen, ist mir bei der Intelligenz des B. einfach unverständlich. Denn gerade er ist doch auch einer von Denjenigen, welche auf Grund ihrer Rednergabe und wissenschaftlichen Kenntnisse von der politischen sowie gewerkschaftlichen Organisation dazu verwendet werden, hinaus zu gehen in die Länder und zu lehren allen Völkern von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und wo sich doch die allgemeinen wirtschaftlichen Zustände immer mehr dahin zuspitzen, daß für die Zukunft der gesammten Arbeiterarbeit nichts weiter übrig bleibt, als sich zusammenzuschließen und große Unionen zu bilden, in welchen alle bemannten Berufsarten sich zusammenschließen müssen, um ein regelrechtes Produktionsystem mit einheitlichem Lohn einzuführen. Denn nur dadurch können wir Arbeiter dem vielfägigen Ungeheuer Kapitalismus den letzten Stöß abzugeben. Herr B. schreibt ja auch in seinem Eingefandt wörtlich: „Wenn eine Kassen-Organisation der Maurer Deutschlands nur zum Wohl der Mitglieder, das Gehalt mit je aber nur zu einer Unruhe ohne Wasfen Kempel, so ist doch klar, daß nach alles Darlegung, was dazu beiträgt, die Organisation zu beschließen, mit Frieden begründet solle. Ein generalisiertes Kranken- und Sterbekassenwesen wird am allerwenigsten dazu beitragen, die deutschen Maurer aneinander zu fassen. Digne ein generalisiertes Kranken- und Sterbekassenwesen geht es überhaupt nicht mehr.“

Nun Herr B. ich untersetzte dies voll und ganz. Auch ich bleibe auf dem Standpunkt, daß man Alles, was auf die Beschäftigung der gewerkschaftlichen Organisation von Vorteil sein kann, präfen soll, und dazu gehören in erster Linie auch die Krankenfälle, welche doch auch aus der gewerkschaftlichen Organisation herbezogen sind.  
Datum kann ich nicht verstehen, wie der Einsender gegen sein Prinzip verstoßen kann und beschiedene Kollegen von Arbeitern von dem Segen des freien Krankenversicherungswesens ausschließen will, indem eine große Anzahl sich den Vollstetigkeiten in die Arme werfen soll, zudem dieselben, S. B. Steinbauer, Gipser und Stultateure, nicht im Stande sind, eigene Kassen zu gründen. Was dies der Fall, so stelle ich die Kritik des Einsenders noch einigermaßen entschuldigen, so wie aber die Ver-



